

# Kommentare und Berichte

## 1848

oder

### Die europäische Unschuld der Paulskirche

*„Ich frage, können wir im nationalen Interesse ... die außerdeutschen Provinzen Österreichs für die Zukunft sich selbst und dem Zufall überlassen? Ich habe den Beruf des deutschen Volkes als einen großen, weltgebietenden aufgefaßt ... Welche Einheit haben wir zu erstreben? Daß wir der Bestimmung nachleben können, die uns nach dem Orient zu gesteckt ist; daß wir diejenigen Völker, die längs der Donau zur Selbständigkeit weder Beruf noch Anrecht haben, wie Trabanten in unser Planetensystem einfangen.“<sup>1</sup>*

150 Jahre 1848 (und 80 Jahre 1918, 30 Jahre 1968 und und und<sup>2</sup>) – das beginnende Jahr 1998 verspricht hohe Zeiten der Geschichtspolitik. Quer durchs politische Spektrum stehen offene und verdeckte Schlachten um *Nutzen und Nachteil* der Historie ins Haus. Und in Jahren rapide steigenden sozialen Drucks stellt sich wie von selbst die Erinnerung an das unsterbliche Thema *Reform oder Revolution* wieder ein, nicht nur bei den gallischen Nachbarn. Auch der Kampf um die Interpretationsmacht über Daten wie 1968 – und, kräftige Schatten vorauswerfend – 1949/1989 im nächsten Jahr, in dem die Bundesrepublik sich vom Rhein verabschiedet und ihr politisches Zentrum weit ostwärts (und hoffentlich nicht rückwärts) verlagert, verspricht neue Höhepunkte. Manche werden den Jubiläumsbetrieb als willkommene Ablenkung interpretieren – von Skandalen wie der „Phantasie-

losigkeit an der Macht“ (um die 68er Losung des Pariser Mai gleich auf die Gegenwart anzuwenden) oder der praktischen Vergangenheitspolitik dieser Tage, etwa im schändlich-schäbigen Bonner Umgang mit den überlebenden NS-Opfern Osteuropas. Darin liegt eine Unterschätzung des Gewichts symbolischer Politik, gerade in Jahren verdeckter Umgründung dieser Republik.

1848 – das „tolle Jahr“ – erscheint hundertfünfzig Jahre später der ersten Annäherung merkwürdig tot, viel weiter weg als die französische Revolution von 1789, die ihrerseits entfernter scheint als die ältere der Amerikaner.

„Die ‚März-Errungenschaften‘“, urteilte Golo Mann, „waren einem momentanen Nervenzusammenbruch der Herrschenden zu danken, nicht ihrer entscheidenden Niederlage. Noch mehr: die Sieger selbst wünschten eine solche Niederlage nicht. Man wollte keine Revolution im Sinn der französischen. Die Worte ‚es ist alles bewilligt‘, welche damals in Deutschland so oft mit Jubel gehört wurden, zeigen es an: man wollte sich die Freiheit von der traditionellen Autorität bewilligen lassen.“<sup>3</sup>

1 Heinrich von Gagern, später Präsident der Paulskirchenversammlung, als hessischer „März-Minister“ 1848.

2 Neben den hier genannten Jubiläen mehr oder weniger erfolgreicher Revolutionen gibt es zudem Erinnerungen an historische Einschnitte wie den Westfälischen Frieden – 350 Jahre –, an eines der schlimmsten Weimarer Jahre – 75 Jahre 1923 –, an 1933, an den Anschluß Österreichs und an München im Jahre 1938 (schließlich der 60. Jahrestag jenes anderen 9. November), an Stalingrad und an die Weiße Rose 1943, an 50 Jahre Berlin-Blockade und Luftbrücke, Währungsreform und Parlamentarischer Rat schließlich, womit wir uns schon wieder der definitiven Gründung des „Provisoriums“ Bundesrepublik annähern – und der Erinnerung an „Pankow“, die untergegangene Gegengründung im Osten.

3 Golo Mann, *Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 1958, S.194.

Halten der deutsche März, die Paulskirchenversammlung, die Barrikadenkämpfe in Baden, in Berlin, Wien und wo sonst irgendwelche Lehren bereit, die uns an der Schwelle des dritten Jahrtausends bei der „Quadratur des Kreises“ (Dahrendorf) helfen können? Wo liegt zwischen der Liberté, Egalité, Fraternité von 1789 und der Herausforderung von heute – effektives und nachhaltiges Wirtschaften, soziale Kohäsion und politische Freiheit im Zeitalter der Globalisierung unter einen Hut zu bringen – der historische Ort der Achtundvierziger?

Innen- und gesellschaftspolitisch bietet die Erinnerung an 1848 wenig Inspiration. Zu weit haben wir uns von der großenteils noch vorindustriellen Welt der deutschen Märzrevolution entfernt. Und für das „Professorenparlament“ der Paulskirche ernstlich in die Revision zu gehen, gegen die mehr oder weniger mokanten Urteile der linken wie der deutschnationalen Geschichtsschreibung, verspricht kaum das erforderliche Minimum öffentlicher Aufmerksamkeit.

Anders sieht es mit den Lehren aus, die 1848 hinsichtlich der äußeren Bedingungen und der Außenwirkung des – 1989 so unerwartet wieder auf die Tagesordnung geratenen – Projekts eines deutschen Einheitsstaats inmitten Europas bereithält. Die staatlich plurale Assoziation der Deutschen vor 1848 ff. – im Alten Reich bis 1806 und im Deutschen Bund ab 1815 – ist, nicht anders als der Rheinbund der napoleonischen Zeit, von den Historikern Bismarck-Deutschlands nachhaltig eingeschwärzt oder ins Lächerliche gezogen worden. Das Echo der Treitschke & Cie. verfolgt uns bis in die Geschichtsbücher beider deutscher Nachkriegsstaaten und, unverhofft aufgefrischt, in die „Wieder“vereinigungs- und Hauptstadtdebatten seit 1989. Die 1848er Patrioten mit ihrer unschuldigen Idee, auf eigene Faust die Mitte Europas umzukrempeln und, legitimiert durch eine (gewiß zeit- aber nicht situationsgemäße) ethnizistische Phantasie, „das deutsche Volk“ als kontinentale Vor-

macht Staat werden zu lassen, mußten wohl auflaufen. Aber noch in ihrem Scheitern stifteten sie die folgenschwere Verbindung zwischen deutscher Nationalbewegung und preußischem Staat. Wobei die erstere, gerade auch ihr linker Flügel, von vornherein durchaus nicht als Gegengewicht zum Militarismus und zur Expansionsdynamik Preußens auf die Waagschale kam. *Was soll vierzig Millionen Deutschen unmöglich sein?*<sup>4</sup> zitiert Golo Mann die außenpolitische Geistesverfassung der Paulskirchen-Demokraten.

### *Macht! Macht! Macht!*

Aufhorchen lassen in diesem Zusammenhang Klaus Hildebrands Erwägungen zur deutschen Frage<sup>5</sup> (die er offenbar mit den Entscheidungen von 1989/90 keineswegs abschließend beantwortet sieht). Deutsche *Bewegungsfreiheit* in der *Mitte* zwischen den *Flügelmächten* (1848 England und Rußland, später Amerika und die Sowjetunion) erscheint als das zu erstrebende Ideal, seit 1848, 1866 und 1871 die übernational-plurale Organisationsform zugunsten der kleindeutschen Option verworfen wurde. Und nach den Gesetzen realpolitischer Machtphysik folgt daraus wie von selbst, daß Streit zwischen den „Flügelmächten“ dem deutschen Nationalstaat bekommt (und deshalb dann von Berlin auch ganz bewußt gepflegt wird, mit mehr oder weniger Geschick). Als die Idealkonstellation, die ein normalerweise im europäischen und internationalen System unerreichbares Maß an deutscher Bewegungsfreiheit gewährt, gilt in dieser Sicht die gleich näher zu erläuternde „Krimkriegssituation“ (Hillgruber).

1848, konstatiert Hildebrand, „griffen die Deutschen nach den Sternen, wollten ohne Aufschub alles: den Staat gründen, die Verfassung erkämpfen, die Sozialordnung verbessern und ein

<sup>4</sup> A.a.O., S. 206.

<sup>5</sup> In: „Die Politische Meinung“, 11/1997, S.5-16.

großes Reich errichten!" (S.6) Der Traum vom großen Reich in der Mitte erwies sich in der Mächtekonstellation von 1848 als Hirngespinnst (und als Hitler ihn 90 Jahre später mit dem Anschluß Österreichs nachholend realisierte, als Alptraum – und bloße Etappe auf dem nachfolgenden Durchmarsch zum „deutschen Europa“).

Das „europäische Deutschland“ von 1848, der Deutsche Bund, bezog Stabilität oder Immobilität, je nach Perspektive, aus dem innerdeutschen und internationalen Gleichgewicht der damaligen Pentarchie zwischen St. Petersburg, London und Paris sowie den beiden deutschen Machtzentren Wien und Berlin. Schon acht Jahre später aber, nach dem Krimkrieg, zeigten sich die „Flügelmächte“ stärker mit sich selbst und außereuropäischen Fragen befaßt als mit Mitteleuropa. „Es war dies“, resümiert Hildebrand, „die internationale Konstellation, welche die Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 ermöglichte“ und „die relative Bewegungsfreiheit des Landes in der Mitte“ deutlich steigerte. Daß aber die Bismarck so willkommene „latente Gegnerschaft“ der Weltmächte „beileibe nicht, soweit es Deutschland anging, als dauerhafte und verlässliche Konstante gelten konnte, zeigte sich bereits während der ‚Krieg-in-Sicht‘-Krise vom Frühjahr 1875. Damals eilten Russen und Briten ungeachtet ihrer globalen Rivalität Frankreich, das ihnen bedrängt vorkam, gegen das Deutsche Reich, das sie der Hegemonie verdächtigten, zu Hilfe.“ Schon gut vier Jahre nach der Gründung sahen die Berliner Balancekünstler den Klassenerhalt gefährdet: „Die deutsche Bewegungsfreiheit schrumpfte ein!“ zitiert Hildebrand Ludwig Dehio und fährt mit eigenen Worten fort: „Einen Augenblick lang blitzte die subkutan durchgehend vorhandene Gefahr auf, in Parallele zur preußischen Geschichte zwischen 1815 und 1856, für eine der großen Mächte, sich gleichsam an sie anlehnd, optieren zu müssen.“ (S.7) „Optieren aber

für die eine oder andere“, nun wieder Dehio, „hieß eine Stufe hinabsteigen und die kostbare Bewegungsfreiheit vollends einbüßen“.

Kehren sie, im Schlagschatten Berlins, heute zurück, die eigentlich ausgeträumten Träume von „Bewegungsfreiheit“ und „Vollsoveränität“, vom „Eigenweg“ aus eigenem Recht, aus dem Geist einer im Grunde West wie Ost überlegenen Kultur heraus? Worauf immer der Bonner Historiker in der CDU-nahen Monatsschrift hinaus will – warnen oder werben –, die Vorstellung von einer besseren „Option“ als der „Anlehnung“ hieße unter den Bedingungen der Gegenwart ja wohl: etwas Besseres als die europäisch-atlantische Einbindung in den Westen, als die Anlehnung an Amerika, welchletzte denn auch Linke wie Rechte, deutsche Pazifisten wie Machtpolitiker gern als – *horribile dictu* – *Juniorpartnerschaft* kritisieren. Aber bei klarem Kopf und ein bißchen Vorstellungsvermögen, was aus Deutschland und Europa geworden wäre ohne Amerika – was wäre denn besser als diese Partnerschaft? Oder kränkt das Wort *Junior*? Will wirklich (wieder) das Mündel europäischer Vormund sein?

In den 50er Jahren, als man die transatlantischen Dinge noch „auf gut Deutsch“ beim Namen nannte, hieß es – durchaus im Umkreis der „Ohne-mich“-Bewegung – wir werden doch nicht den Amerikanern „die Kastanien aus dem Feuer holen“. Man höhnte, Adenauer müsse auf westliches Geheiß deutsche Soldaten (die besten der Welt, wie jeder wußte) als „Fußvolk“ im Kalten Krieg stellen. Undeutsch, würdelos. Kein Zweifel. Für wie groß darf man im nüchternen Rückblick den geistigen Abstand des „Ohne-Michel“, der als „gebranntes Kind“ niemandes Uniform mehr anziehen und auch nicht an der Seite der Befreier/Besatzer Dienst tun mochte, von der volksgemeinschaftlichen Solidarität mit den in alliierten Gefängnissen einsitzenden Kriegsverbrechern halten? Und die Resistenz gegen die Propaganda der Wehrmachtslobby,

die für die Bereitstellung des „besten Soldaten der Welt“ vom Westen die Rehabilitierung verlangen zu können glaubte?<sup>6</sup>

Man erinnert sich? Adenauer als „Kanzler der Alliierten“? Schumacher hatte den Widersacher durch den Vorwurf der West-„Anlehnung“, durch verbale Ausgrenzung aus der „Volksgemeinschaft“, unmöglich machen wollen und genau so wurde das Prädikat aufgenommen und bis heute weitergereicht. Ob es nicht an der Zeit wäre, da doch die West-Einbindung Deutschlands von Amts wegen bis heute als wichtigste Leistung und fortdauernde Aufgabe der Bundesrepublik anerkannt scheint, jene Beschimpfung endlich als Ruhmestitel zu begreifen?

Schon aus 1848 kann man (wie aus den späteren deutschen „Jubiläen“, der „nationalen Revolution“ von 1933 oder der verspäteten „großdeutschen“ Lösung 90 Jahre nach der „kleindeutschen“ Option der Paulskirche etc. etc.) jene immergleiche, deshalb scheinbar banal gewordene, für manche allerdings durch 1989/90 falsifizierte Lehre ziehen, die Daniel Goldhagen in seiner so oft und gern mißverstandenen Bonner Demokratiepreis-Rede auf den Punkt gebracht hat: „Vor der Bundesrepublik existierte in Deutschland kein politisches Modell, das wiederhergestellt werden und als Vorbild für die Zukunft dienen könnte.“<sup>7</sup>

Goldhagens These von der „Internationalisierung“ als Erfolgsformel der Bundesrepublik läßt sich – ex negativo – aus dem Scheitern der quer zur europäischen Staatenwelt entworfenen Deutschland-Konstruktion der Paulskir-

che erhärten; desgleichen aus jeder weiteren Etappe des deutschen Sonder- oder Eigenweges „zwischen“ Ost und West, also im Klartext: jenseits des Westens.

„Wäre alles besser gegangen, wenn Deutschland 1848 in der Frankfurter Paulskirche auf demokratischer Basis gegründet worden wäre? Merkwürdigerweise nicht. Das Paulskirchen-Parlament war keineswegs in seiner äußeren Politik friedlich gesinnt – obwohl viele das glauben. In Wirklichkeit hat die Paulskirche sogar gleich mehrere Kriege ins Auge gefaßt: die Linke einen großen Krieg gegen Rußland zur Befreiung Polens; der zentrale und ‚rechte‘ Teil der Paulskirche einen Krieg gegen Dänemark um Schleswig-Holstein, der als Auftragskrieg von Preußen 1848 auch eine Weile geführt und dann abgebrochen worden ist. Darüber hinaus gibt es viele Äußerungen prominenter Paulskirchen-Politiker, liberaler Demokraten, die ganz offen sagen: Das Allerwichtigste, was wir für Deutschland erstreben, ist Macht. ‚Die deutsche Nation ist der Prinzipien und Doktrinen, der literarischen Größe und der theoretischen Existenz satt. Was sie verlangt ist Macht, Macht, Macht! Und wer ihr Macht gibt, dem wird sie Ehre geben, mehr Ehre, als er sich ausdenken kann.‘“<sup>8</sup>

Gustav Heinemann hatte gewiß Recht mit der Forderung, die deutsche Geschichte endlich daraufhin durchzumustern, wo die – in der obrigkeitlichen und preußisch-deutschen Apologetik verschütteten – Anknüpfungspunkte zur zivilisatorischen Entwicklung der glücklicheren Nachbarn gelegen haben oder hätten ... Und das Jahr 1948 bietet da bessere Referenzen als die im Zuge der Berlinisierung nach 1989/90 angebotenen Reliquien der „Befreiungskriege“ von 1813-1815 – wie das angeblich unbefleckt geborene, deshalb von der Bundesrepublik wiedergestiftete Eiserne Kreuz der „(Sieg)Friedens“-Göttin auf dem Brandenburger Tor.

6 Vgl. zum frühen Auftrumpfen in der Opferrolle die atemberaubenden Zeugnisse aus den frühen 50er Jahren bei Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

7 Vgl. „Blätter“, 4/1997, S.424-443, hier S.438. Auch in: Karl D. Bredthauer/Arthur Heinrich (Hg.), *Aus der Geschichte lernen – How to Learn from History*, Bonn 1997 (edition Blätter 2), dort S.79.

8 Julius Fröbel, Paulskirchen-Politiker, zit. n. Sebastian Haffner, *Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick*, München 1987, S.11.

Vor dem Hintergrund einer vor allem durch ihre Niederlagen und Versäumnisse geprägten Demokratiegeschichte ist in Deutschland jede Spur von Bürgermut vor Obrigkeiten, von Zivilcourage und *citizenship* besonders kostbar. Entsprechend wichtig sind die vielfältigen Bemühungen um Zeugnisse republikanisch-demokratischer Aktivitäten im Revolutionsjahr 1848 überall „vor Ort“. Aber die Suche nach spezifisch deutschen Entwicklungsmustern jenseits der Zäsur von 1945/49 muß ins Leere stoßen, wenn man anderes zu finden hofft als Aufschlüsse darüber, wie es eben nicht geht...

Karl D. Bredthauer

## Und sie bewegt sich doch

Wie kann das Dreivierteljahr bis zum Wahltag noch genutzt werden? Von wem? Normalerweise geht man davon aus, daß die Opposition die Zeit bis zum Wahltag in erster Linie damit verbringt, den eigenen Wahlsieg zu ermöglichen. Überall ist das so. Überall? In der Bundesrepublik setzte die öffentliche Meinung 1997 voraus, daß es die wichtigste Aufgabe der Opposition sei, sich den Kopf der Regierung zu zerbrechen und aus staatstragender Verantwortung heraus mit dem politischen Gegner gemeinsam Reformen anzupacken. „Erst das Land, dann die Partei.“ Und wer's glaubt, wird selig. Übrigens stammt das Zitat von Ger-

hard Schröder. Es soll die magische Formel für den Machtwechsel sein.<sup>1</sup>

Natürlich hat vor allem die Koalition Bedarf zu zeigen, daß sie die Zeit nicht ungenützt verstreichen läßt – wie den größten Teil der Legislaturperiode –, das weiß keiner besser als der Fraktionschef der Union Wolfgang Schäuble. Und natürlich muß die SPD prinzipielle Kompromißbereitschaft zeigen, um nicht den Schwarzen Peter zugesteckt zu bekommen. Also wird die Geschichte wieder und wieder aufgerollt. Vielleicht kommt bei dieser Sonderform von Wahlkampf sogar ein vernünftiges Nebenprodukt heraus. Das Schließen von Steuerschlupflöchern oder die Umfinanzierung versicherungsfremder Leistungen gehören hierzulande derzeit zwar eher zur Kategorie „Mittelmaß“ statt „Reform“. Aber was soll's? Manchmal sind notwendige „Anpassungsmaßnahmen“ mehr wert als „Reformen“. Vielleicht stellt sich demnächst ja die Erkenntnis ein, daß der große Befreiungsschlag sowieso unrealistisch ist. Und vor allem unsinnig. Von was man sich mit einem Schlag befreien müßte, das weiß wohl nur BDI-Chef Olaf Henkel.

Was heißt eigentlich *Reform*? Die Grünen haben mit ihrem Grundsicherungsmodell ein Beispiel gegeben: Sie wollen das bestehende System der sozialen Sicherung nicht einfach abschaffen, sondern durch einen zusätzlichen Baustein neuen Bedingungen anpassen.<sup>2</sup> Beispielhaft ist das Grundsicherungsmodell auch insofern, als damit Forderungen und Vorschläge zu einem konkreten Konzept ausgearbeitet wurden, welches die Perspektive Machtwechsel glaubwürdig erscheinen läßt.

1 „44 Prozent wären auch schon schön“, Interview mit Gerhard Schröder, in: „Die Woche“, 27.11.1997.

2 Bündnis 90/Die Grünen, Beschluß zur Grundsicherung, 9. Ordentliche Bundesversammlung in Kassel, 15. November 1997; vgl. zum Thema Grundsicherung den Beitrag von Karl. D. Bredthauer in der Dezemberausgabe.